

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 22/2023 vom 01.06.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- „Verfassungsputsch“ – PiS will schnell eine Kommission zum Thema „russische Lakaien“ berufen
- Onet: PiS möchte den Tag des Papstes als Wahltermin
- Czarnek war aggressiv. Die Delegation der Europäischen Kommission war schockiert über Treffen mit ihm und mit dem Chef des Nationalen Rundfunkrats (KRRiT)
- Ein oppositioneller Kaczyński ist die beste Motivation für eine pro-soziale Politik einer neuen Regierung
- Das Verfassungsgericht vertagt Anhörung zu Kriegsreparationen aus Deutschland
- Morawiecki und Ziobro. Wird dieses kuriose Spektakel die PiS-Kampagne auf den Kopf stellen?

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

„Verfassungsputsch“ – PiS will schnell eine Kommission zum Thema „russische Lakaien“ berufen



Quelle: wyborcza.pl

Von **Paweł Wroński**

Bereits am Freitag könnte die PiS im Sejm die Prüfungskommission zur Untersuchung des russischen Einflusses durchsetzen und de facto auch nach der Wahlniederlage an der Macht bleiben. Alles wird von der Entscheidung des Präsidenten Andrzej Duda abhängen, der ebenfalls einen Teil seiner Befugnisse verliert.

Am Mittwoch wird der Innen- und Verwaltungsausschuss des Sejms mit der Arbeit an einer Entschließung des Senats beginnen, der den Gesetzentwurf zur Einsetzung einer Überprüfungscommission zur Untersuchung des russischen Einflusses auf die innere Sicherheit Polens in den Jahren 2007-22 in vollem Umfang abgelehnt hat.

Der Gesetzentwurf sieht nach Meinung der Mehrheit der Experten sowie der Experten des Legislativbüros des Sejms, die diese Meinung während der Arbeit des Sejm-Ausschusses am 8. März geäußert haben, die Einrichtung einer Behörde vor, die gleichzeitig Staatsanwaltschaft und Gericht sein wird. Und sie wird „Para-Urteile“ erlassen (Urteile, die laut dem Ombudsmann „über die Funktionen von Verwaltungsentscheidungen hinausgehen“), obwohl Urteile in einem Verfassungssystem von Gerichten und Tribunalen erlassen werden.

Die Behörde wird Handlungen aus den Jahren 2007 bis 2022 verfolgen, die nicht rechtswidrig waren (d. h. sie wird sie selbst als Straftat definieren). Die Kommission kann formell über drei

„Rechtsmittel“ entscheiden - das Wort „Strafe“ wird im Gesetz vermieden, da nur die Gerichte eine solche aussprechen können. Diese können sein: der Entzug des Rechts auf Waffenbesitz, des Zugangs zu Verschlusssachen und das Verbot, bis zu 10 Jahre lang Ämter zu bekleiden, bei denen man Zugang zu öffentlichen Geldern hat. Gegen die Entscheidungen der Kommission kann kein Rechtsmittel eingelegt werden (Artikel 176 der Verfassung über den zweistufigen Charakter des Verfahrens wird durchbrochen).

Die Kommission hat einen „staatlichen“ Charakter

Die PiS tut alles, um den Gesetzentwurf so schnell wie möglich durchzubringen, und plant, ihn noch in dieser Plenarsitzung zur Abstimmung zu stellen. Sie benötigt eine absolute Mehrheit, mindestens aber 231 Stimmen, um den Einspruch des Senats zu überstimmen. Nach der letzten Abstimmung, bevor der Gesetzentwurf – nach Bestechung einiger unabhängiger Abgeordneter und der Kukiz-Bewegung – an das Oberhaus zurückgeschickt wurde, verfügt die PiS über 232 Stimmen. Die gesamte Opposition hat bereits angekündigt, dass sie dem Ausschuss nicht beitreten wird.

Die Verabschiedung des Gesetzentwurfs wird von einem Teil der Öffentlichkeit als Teil einer Propagandaschlacht betrachtet, bei der die politischen Rivalen vom Regierungslager mit dem Beinamen „russische Fußlappen“ belegt werden. Inzwischen berät der Sejm zum ersten Mal über ein offen verfassungsfeindliches Gesetz, das darauf abzielt, das Wahlergebnis zu untergraben und den Einfluss der Regierungspartei auf die Gestaltung der Macht auch nach einer möglichen Wahlniederlage zu sichern.

Nach dem Gesetzentwurf der PiS könnten die Entscheidungen des neunköpfigen Gremiums (das mit parlamentarischer Mehrheit gewählt werden soll) die Ausübung der Macht faktisch unmöglich machen – denn diese bedeuten in der Praxis ein zehnjähriges Verbot von Funktionen im Zusammenhang mit dem Zugang zu öffentlichen Finanzen und geheimen Informationen. Im Gesetz heißt es, dass diese Maßnahmen ergriffen werden, „um eine erneute russische Einflussnahme zum Nachteil der Interessen der Republik Polen, zu verhindern“.

Die Bestimmung des russischen Einflusses ist vage formuliert, und unter den Aktivitäten zum Nachteil der Republik Polen wurde die „Beeinflussung der Massenmedien“ und die Berichterstattung mit - nach Ansicht des Ausschusses - falschen Informationen genannt.

Darüber hinaus sind die Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 13 des Gesetzes rechtlich nicht für ihre Handlungen verantwortlich. Sie können jedoch jeden vorladen, wobei das erste Nichterscheinen mit einer Geldstrafe von 30 000 PLN, das zweite mit bis zu 50 000 PLN geahndet wird. Der Vorsitzende der Kommission kann die Staatsanwaltschaft auffordern, einen Beschuldigten oder einen Zeugen zu laden.

Darüber hinaus darf der Ausschuss seine Tätigkeit nicht mit dem Ende der Legislaturperiode des Sejm beenden, da er einen „staatlichen“ und keinen Sejm-Charakter hat. Er ist daher nicht an den Grundsatz der Beendigung mit dem Ende der Legislaturperiode des aktuellen Parlaments gebunden.

Ein künftiger Sejm müsste, um die Kommission aufzulösen, ein anderes Gesetz durchsetzen oder versuchen, ihre Mitglieder zu entlassen. Aber auch die Kommission könnte sich dann wehren, indem sie die Initiatoren der Abstimmung vorlädt und sie zu Funktionären erklärt, die unter russischem Einfluss handeln. Aus der Sicht der Ausschussmitglieder muss jemand, der sie entlassen will, ein Handlanger Moskaus sein.

Kukiz soll Vorsitzender werden?

Wer wird die Kommission leiten? Bislang gab es Gerüchte, dass Paweł Kukiz als „Vertreter der zugelassenen Opposition“ für den Vorsitz vorgesehen ist (er wird vom Premierminister ernannt). Es könnte aber auch Antoni Macierewicz oder der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński selbst sein. Dann haben sie auch nach einer Wahlniederlage ein Mitspracherecht bei der Besetzung des Amtes des Ministerpräsidenten und des Ministerrates. In diesen Positionen haben sie zweifellos Zugang zu öffentlichen Finanzen und geheimen Informationen. Das Gleiche gilt für die Parlamentarier.

Dies greift in die Befugnisse von Präsident Andrzej Duda ein, da er trotz seiner verfassungsmäßigen Befugnisse nicht in der Lage sein wird, eine Person zu ernennen, die sein Amt nicht ausüben kann, und darüber hinaus wird es für ihn schwierig sein, jemanden zum Ministerpräsidenten zu ernennen, der im

Informationsblatt für die Öffentlichkeit als „unter russischem Einfluss handelnder Beamter“ bezeichnet wurde. Die Befugnisse des Ausschussvorsitzenden sind in dieser Hinsicht weitaus umfassender als die des Staatsoberhauptes.

Aus diesem Grund forderte KO-Senator Marek Borowski, dass nach dem Machtwechsel festgestellt wird, wer von den Juristen das Gesetz verfasst hat. Er ist nämlich der Meinung, dass es sich um einen bewusst verfassungsfeindlichen Akt handelt, der den Charakter eines schleichenden Staatsstreichs hat, mit dem der demokratische Wahlprozess gestört werden soll.

Wenn das Gesetz auf dem Schreibtisch von Präsident Duda landet, steht er deshalb vor einem interessanten Dilemma. Die PiS wird die Diskussion um die Kommission in pseudopatriotische Soße tauchen wollen. Die Botschaft wird wahrscheinlich sein, dass diejenigen, die dagegen sind, sofort als Lakaien Russlands abgestempelt werden.

Gleichzeitig ist es offensichtlich, dass die Kommission gegen die Verfassung verstößt, auf deren Einhaltung der Präsident geschworen hat. Sie schränkt seine Rechte ein und beraubt ihn damit des Rechts auf Gnade (denn offiziell werden keine Urteile verhängt). Formal kann die Kommission sogar den Präsidenten vorladen und ihn zu einem Funktionär erklären, der unter dem Einfluss Moskaus steht.

Die Kommission kann sogar einen Kandidaten verbieten

Senator und Vorsitzender des Gesetzgebungsausschusses Krzysztof Kwiatkowski sagte, er habe in seiner politischen Laufbahn noch nie an einem Gesetz gearbeitet, das die Grundsätze der Verfassung so eklatant verletze. „Dieses Gesetz untergräbt die Grundsätze der westlichen Zivilisation, die auf der Achtung des Rechts beruhen, als hätte eine Bande von Hunnen beschlossen, ein Gesetz zu erlassen“, sagte er.

Ein Beispiel ist ein Auszug aus einer juristischen Analyse, die auf Antrag des polnischen Senats von Dr. Teresa Gardocka (SWPS-Universität) vorgelegt wurde: „Die weitreichendste automatische Wirkung einer Entscheidung über Rechtsbehelfe durch eine Verwaltungsentscheidung ist der in § 37 Absatz 6 des Kommissionengesetzes vorgesehene Entschluss, dass die Person, gegen die die Verwaltungsentscheidung ergangen ist, keine Gewähr für die ordnungsgemäße Ausübung von Tätigkeiten im öffentlichen Interesse bietet.“

Diese rätselhafte und sorgfältig getarnte Aussage im Gesetz bedeutet nur, dass eine solche Person nicht bei einer Wahl kandidieren oder eine Funktion ausüben darf, für die ein tadelloser Charakter oder eine ähnlich definierte persönliche Eigenschaft, wie z. B. ein makelloser Ruf, erforderlich ist.

[Anm. d. Ü: Die PiS gewann am Freitag die Abstimmung über die die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme. Präsident Duda beschloss am Montag, das Gesetz zu unterschreiben.]

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,29792096.konstytucyjny-zamach-stanu-pis-chce-szybko-powolac-komisje.html>



www.mleczko.pl

ES IST WEGEN DER FREMDENFEINDLICHKEIT.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Onet: PiS möchte den Tag des Papstes als Wahltermin



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jakub Wencel**

PiS möchte, dass die Parlamentswahlen 2023 am 15. Oktober stattfinden und hat Präsident Andrzej Duda dieses Datum mitgeteilt, wie Onet erfahren hat. Dieser Termin fällt mit den Feierlichkeiten zum Tag des Papstes zusammen und könnte es der Regierungspartei erleichtern, die konservative Wählerschaft zu mobilisieren.

Nach Angaben des Portals wurde die Entscheidung im Einvernehmen mit der Parteispitze getroffen und auch von Quellen im Büro des Premierministers und im Präsidentenpalast bestätigt.

Die Mitarbeiter des Wahlkampfstabes der PiS sollen so sehr vom 15. Oktober als Wahltermin überzeugt sein, dass alle Wahlkampfpläne genau für diesen Wahltermin bereits erstellt wurden. Die wichtigsten Politiker des Regierungslagers - darunter der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński - sind bereit, den Präsidenten davon zu überzeugen, die Wahlen genau an diesem Tag stattfinden zu lassen.

PiS will die Wahl zu einem Referendum über den Papst machen

Dahinter steckt politisches Kalkül, wie die Gazeta Wyborcza bereits im März schrieb. Denn am 15. Oktober wird der Tag des Papstes gefeiert, der jedes Jahr am Sonntag vor der Wahl von Karol Wojtyła zum Papst im Jahr 1978 begangen wird.

In diesem Herbst werden sie unter dem Motto „Der Glanz der Wahrheit“ stattfinden. Diese Umstände schaffen die Möglichkeit einer pro-konservativen Machtagitation zur Mobilisierung einer konservativen,

religiösen Wählerschaft. Das an den Wahltagen geltende Wahlkampfruhe wird nicht für die Botschaft gelten, die die Gläubigen der katholischen Kirche an diesem Tag in den Kirchen und im Fernsehen hören werden.

Nach dem Streit um die Reportage „Franciszkańska 3“, die im März auf TVN24 ausgestrahlt wurde, rechnet die PiS damit, auf diese Weise die „Pro-Papst“-Wählerschaft zusätzlich mobilisieren zu können und die Abstimmung zu einem politischen Referendum über die Bewertung der Rolle von Johannes Paul II. in der polnischen Geschichte zu machen. Die Behörden könnten von politisch engagierten Geistlichen unterstützt werden, wie Erzbischof Marek Jędraszewski, der das Material des Senders als „zweiten Angriff auf den Heiligen Vater“ bezeichnete, oder Erzbischof Stanisław Gądecki, der „Menschen guten Willens“ direkt dazu aufrief, „das Gemeingut des Erbes von Johannes Paul II. zu verteidigen“.

Duda hat es nicht eilig mit einer Entscheidung

Der Präsident hat bis Mitte August Zeit, eine Entscheidung zu treffen, und laut Onet will er diese erst dann bekannt geben. Nach der polnischen Verfassung ordnet das Staatsoberhaupt spätestens 90 Tage vor dem 4. Jahrestag des Beginns der zu Ende gehenden Legislaturperiode von Sejm und Senat einen Wahltermin an (im Falle der letzten Legislaturperiode war dies der 12. November 2019). Die Wahl selbst muss 30 Tage vor dem 4. Jahrestag des Beginns der letzten Wahlperiode stattfinden.

Die Herbstwahlen könnten also an vier Sonntagen stattfinden: am 15., 22. und 29. Oktober oder am 5. November. Die Tatsache, dass die Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt auch am Tag des Papstes stattfinden könnten, wird von der Regierungspartei ebenfalls als vorteilhaft angesehen, da die Umfragen immer noch günstig für die Vereinigte Rechte sind und man glaubt, dass es im Laufe der Zeit immer schwieriger werden könnte.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,29792916,onet-pis-chce-wyborow-w-dzien-papieski.html>

Czarnek war aggressiv. Die Delegation der Europäischen Kommission war schockiert über das Treffen mit ihm und mit dem Chef des Nationalen Rundfunkrats (KRRiT)



Quelle: oko.press

Von **Agata Szczęśniak**

Nach einem Besuch in Polen kam eine Delegation des Europäischen Parlaments zu dem Schluss, dass „die Medienfreiheit in Polen bedroht ist und somit auch die Demokratie“.

„Wir sind schockiert über die Offenheit, mit der bestimmte Dinge vonseiten der Regierung gesagt werden. Für mich war das geradezu beispiellos“, berichtete Sabine Verheyen von ihren Treffen mit Vertretern der polnischen Regierung.

Minister Czarnek sei „brutal und aggressiv“ gewesen und der Chef der KRRiT Maciej Świrski sei ein „professioneller Propagandist im eher klassischen Stil“, so Ilana Cicurel gegenüber OKO.press.

Sieben Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments wollten sich selbst ein Bild davonmachen, wie es mit der Freiheit der Medien, der kulturellen und künstlerischen Einrichtungen und der Bildung in Polen aussieht. Drei Tage lang trafen sie Regierungsvertreter, darunter den Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, und Maciej Świrski vom Nationalen Rundfunkrat, sowie Medien und NGOs. Sie erörterten den Fall von Professor Barbara Engelking und die Konzession für TOK FM Radio.

Die Delegation stellte ihre vorläufigen Schlussfolgerungen am 17. Mai 2023 auf einer Pressekonferenz in Warschau vor.

Die Arroganz der PiS überraschte die Eurodelegation

Die Leiterin der Delegation, Sabine Verheyen (EVP-Europagruppe), redete nicht um den heißen Brei herum. Das Gleiche gilt für die Europaabgeordnete Ilana Cicurel (Gruppe Renew), die von OKO.press interviewt wurde. Sie äußerten ihr Erstaunen darüber, dass polnische Minister so offen zugeben, die Grundsätze des Pluralismus und verschiedener Freiheiten zu verletzen.

Überrascht waren die Abgeordneten auch von der Arroganz und Überheblichkeit der Politiker und Beamten, die der PiS nahestehen.

Sabine Verheyen gab offen zu, dass das Verhalten von Mitgliedern der polnischen Regierung die Delegation „ziemlich negativ“ gestimmt habe und sie erkennen ließ, „wie dringend es ist, auf europäischer Ebene zu handeln“. Eine solche Maßnahme soll das Europäische Gesetz für Medienfreiheit sein.

„Es gibt Gründe zur Besorgnis. Die akademische Freiheit, die künstlerische Freiheit und vor allem die Medienfreiheit werden von der polnischen Regierung angegriffen. Das kann die Europäische Union nicht hinnehmen“, sagte Verheyen im Namen der Eurodelegation.

„Leider sind wir auf Handlungen aufmerksam geworden, die mit unserem Verständnis von Demokratie und den Grundwerten von Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union nicht zu vereinbaren sind“, berichtete Sabine Verheyen.

Czarnek gewalttätig und aggressiv, ging ohne sich zu verabschieden

Besonders beeindruckend war das Treffen der Delegation mit dem Bildungsminister Przemysław Czarnek. Ilana Cicurel, erneuerbares Mitglied des Europäischen Parlaments für Frankreich, sagte: „Seine Brutalität war schockierend“.

„Einer meiner Kolleginnen schrie er zu: ‚Hör auf zu lachen!‘ Obwohl sie überhaupt nicht gelacht hat“, erzählte Cicurel.

An die Leiterin der Delegation, die Deutsche ist, wandte sich Czarnek: „Ihre Vorfahren haben viele Menschen getötet, wir sind die Nachkommen von Helden“. Die deutsche Politikerin an ihre Herkunft und an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, wiederholte sich bei anderen Treffen der EP-Delegation, auch mit Maciej Świrski.

Ich habe Sabine Verheyen gefragt, wie sie ein solches Verhalten wahrnimmt. Sie antwortete, dass sie jedes Mal, wenn sie mit Vertretern der polnischen Regierung zusammentrifft, ähnliche Äußerungen zu hören bekommt. Sie fügte hinzu, dies motiviere sie noch mehr, sich für Pluralismus und Demokratie einzusetzen. Denn sie wisse, was eine schrittweise Einschränkung der Freiheit zur Folge habe.

Ilana Cicurel erinnerte Czarnek daran, dass der Krieg Russlands mit der Ukraine andauert. „Ich habe gesagt, dass dies ein Krieg der Zivilisationen ist und wir auf der Seite der Freiheit stehen.“ Czarnek entgegnete, dass die Solidarność in Polen die Freiheit errungen habe, und dass heute in Frankreich die Freiheit bedroht ist.

„Es ist gut, dass das Treffen mit Minister Czarnek überhaupt stattgefunden hat“, sagte Verheyen den Reportern. „Allerdings war er nicht an einem echten Gespräch über bestimmte Themen interessiert.“

„Wir haben viele Fragen gestellt, konkrete Antworten haben wir nicht bekommen. Dieses Treffen hat bestätigt, wie sehr sich die polnische Regierung von den EU-Standards entfernt hat.“

Czarnek: „Ich finanziere, was ich finanzieren will“

Einer der Gründe für das Treffen der EP-Delegation mit Minister Czarnek war der Fall von Professor Barbara Engelking.

Zur Erinnerung: Czarnek kündigte an, er werde „finanzielle Entscheidungen“ bezüglich des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften überprüfen. Das Institut beschäftigt Prof. Engelking – eine Holocaust-Forscherin mit einer gigantischen wissenschaftlichen Leistung. Czarnek zufolge beleidigt Polen die Aussage von Prof. Engelking (dass Juden von den Polen enttäuscht seien, weil nur wenige Polen während des Krieges bei der Rettung von Juden geholfen hätten).

Das Institut hat bereits einen Teil seines ministeriellen Zuschusses verloren. Akademiker nicht nur aus Polen, sondern auch aus dem Ausland protestieren. Sie befürchten, dass die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung verletzt wird. Wir haben unter anderem hier über den Fall geschrieben:

„Die Tatsache, dass der Minister die Forscher überprüft, ist etwas Neues“, sagte die Europaabgeordnete Cicurel gegenüber OKO.press. Sie war erstaunt, dass auch der polnische Premierminister der Forscherin so viel Aufmerksamkeit schenkt. Sie fragte Czarnek nach der Drohung, dem Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften die Mittel zu entziehen.

Der Minister antwortete: „Ich finanziere, was ich finanzieren will“.

„Ich, ich, ich, er hat die ganze Zeit gesagt, dass es an ihm liegt, zu entscheiden, er hat nicht über Verfahren gesprochen“, kam die französische Abgeordnete aus dem Staunen nicht mehr heraus. „Wir sind besorgt darüber, was mit der akademischen Freiheit in Polen passieren wird.“

„Die Tatsache, dass die Regierung keine Forschungen [über die Beteiligung der Polen am Holocaust] finanzieren will, zeigt eine gestörte Einstellung zur akademischen Freiheit“, fasst Verheyen das Treffen mit Czarnek zusammen. „Dies ist sehr beunruhigend. Eine solche Entscheidung der polnischen Regierung hat die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft schockiert und ist eine offensichtliche Einschränkung der Forschung, sie kann zur Selbstzensur führen und weckt die Befürchtung, dass es keine Finanzierung [für die Forschung] geben wird, wenn man von der Regierungslinie abweicht“, sagte Verheyen.

Czarnek wollte nicht über die akademische Freiheit sprechen, sondern lud stattdessen die Delegation nach Markowa zu den September-Feierlichkeiten anlässlich der Seligsprechung der Familie Ulma ein. Die Ulmas versteckten Juden und wurden, nachdem sie von einem Nachbarn verraten worden waren, 1944 zusammen mit ihren Kindern hingerichtet.

Minister Czarnek ist sichtlich stolz auf sein Verhalten bei dem Treffen mit der EP-Delegation. Er tweetete am Donnerstagmorgen: „Ich bin auch mit dem Treffen zufrieden. Auf all die Fragen und antipolnischen, unverschämten Thesen habe ich mit einer eindeutigen Reaktion reagiert. Warum die Unzufriedenheit? Wegen der Einladung der Kommission zur Seligsprechung der Ulmas? Nun, die Wahrheit, die sich nicht mit ihren Thesen deckt, tat weh, und sie kehrten unter Schmerzen nach Brüssel zurück. Es war vorhersehbar.“

Pluralismus? Kennen wir nicht

Die Gespräche mit anderen Vertretern der Justizverwaltung verliefen nicht besser.

„Ein sehr alarmierender Besuch“, bewertete Sabine Verheyen das Treffen mit dem Nationalen Rundfunkrat.

In dem Gespräch ging es u. a. um die Bestrafung des Radiosenders TOK FM. Die Mitglieder der Delegation hatten zuvor die Begründung der Entscheidung des KRRiT gelesen, die TOK FM eine Strafe von 80.000 Euro auferlegte.

Verheyen: „Wir haben gehört, dass alles legal ist. Aber wir finden die Argumente nicht überzeugend“.

„Professioneller Propagandist“, bewertet Maciej Świrski Ilana Cicurel in einem Interview mit OKO.press.

Świrski habe „viel über polnische kulturelle Codes und Traditionen gesprochen, die geschützt werden sollten“, während er Fragen zur Medienfreiheit nicht beantwortet habe, berichtete Verheyen.

Der Abgeordnete zeigte sich überrascht: „Der Nationalrat versteht sein Handeln so, dass er ein Sprachrohr der Partei ist und versteckt dies nicht“.

Die Delegation wollte wissen, warum die Regierungspartei die überwiegende Mehrheit der Sendezeit im öffentlichen Fernsehen erhält. Vertreter der Regierungskoalition PiS und *Solidarna Polska* und ihrer Verbündeten (einschließlich Kukiz'15) belegen 77 Prozent der Sendezeit bei TVP – laut einem Bericht von Prof. Tadeusz Kowalski, einem Mitglied der KRRiT.

Die Abgeordneten fragten, ob dies für den Präsidenten des Rates, der die Medien in Polen kontrolliert, ein Problem darstelle.

„Die Regierung regiert“, lautete Świrskis Antwort, so Sabina Verheyen. „Das ist ein ziemlich autoritäres Verständnis von Medien in einer Demokratie“, kommentierte sie. „Unserer Ansicht nach sollten die öffentlich-rechtlichen Medien den Pluralismus gewährleisten.“

Die Delegation wies auch darauf hin, dass Präsident Świrski regierungskritische Medien als Oppositionsmedien bezeichnete. „Unabhängige Medien dürfen nicht als Oppositionsmedien dargestellt werden. Unabhängige Medien müssen sowohl die Regierung als auch die Opposition kritisieren, manchmal können sie auch loben, aber vor allem sollte es Meinungsvielfalt geben“, sagte Verheyen.

[...]

„Dies ist keine Delegation, die redet und vergisst“

Wird der Besuch zu konkreten Ergebnissen führen?

„Wir kehren mit einem Gefühl der großen Verantwortung zurück. Wir können nicht zulassen, dass dies in Europa geschieht. Wir müssen über konkrete Instrumente nachdenken“, sagte Ilana Cicurel gegenüber OKO.press.

Die französische Europaabgeordnete glaubt, dass das, was mit den Medien und der akademischen Welt in Ungarn passiert ist, eine Warnung ist. „Die polnische Regierung ist eindeutig von Ungarn inspiriert. Schauen Sie sich Ungarn an und Sie werden sehen, was in ein paar Jahren in Polen passieren wird“, sagt Cicurel. „Polen ist noch nicht so weit, deshalb können wir noch handeln“.

„Wir sind entschlossen, zu handeln“, sagt Cicurel. Die Delegation muss noch einen detaillierten Bericht, Schlussfolgerungen und Empfehlungen ausarbeiten. Die Schlussfolgerungen sollen der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Die Delegation möchte, dass die Europäische Kommission darauf achtet, ob die Gesetze über Medienfreiheit und akademische Freiheit in Polen umgesetzt werden.

Polnische Journalisten fragten, ob die Delegation eine Möglichkeit sehe, die Situation der Medien in Polen zu verbessern und in dieser Hinsicht Druck auf die polnische Regierung auszuüben.

Verheyen erinnerte daran, dass ein Verfahren nach Artikel 7 gegen Polen anhängig ist: „Die Frage der Medienfreiheit ist auch in diesem Verfahren relevant.“

Sie wies auch darauf hin, dass Pluralismus und Freiheit zu den in den europäischen Verträgen garantierten Grundwerten gehören. „Unsere Aufgabe ist es, die Grundrechte eines jeden EU-Bürgers zu schützen“, fügte Cicurel hinzu.

„Dies ist keine Delegation, die gekommen ist, um zu reden, zurückzukommen und zu vergessen. Wir werden nicht vergessen. Wir haben kein Recht, Sie im Stich zu lassen“, sagte Ilana Cicurel gegenüber OKO.press.

Das wichtigste Instrument der Union zur Gewährleistung der Medienfreiheit in Europa ist der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit. Er soll noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 als Verordnung verabschiedet werden.

Ilana Cicurel sagte uns auch, dass die EU-Finanzierung für zivilgesellschaftliche Organisationen und demokratische Initiativen, insbesondere von jungen Menschen, sowie für unabhängige Medien erhöht werden sollte.

„Die Feinde der Freiheit (Russland, China) investieren in die Medien und betreiben dort Propaganda. Wir sind demokratisch und investieren nicht in die Presse, weil wir denken, dass wir damit Propaganda betreiben. Dabei sollten wir gerade in die Medien investieren, um die Medienfreiheit zu schützen“. Sie fügte hinzu, dass auch Brücken zu kleineren Städten gebaut werden sollten, damit sich deren Einwohner nicht im Stich gelassen fühlen.

TVP hat die Einladung ignoriert

[...]

Die Delegation wollte auch mit Vertretern von TVP zusammentreffen und verschickte eine Einladung, erhielt jedoch keine Antwort. „Es gab keine Bereitschaft, uns den alternativen Standpunkt mitzuteilen“, so die Vorsitzende gegenüber OKO.press.

Sie besuchten auch Lublin, das in diesem Jahr Europäische Jugendhauptstadt ist. Dort sprachen sie mit Vertretern der Stadt und der Organisation Baobab.

Die Delegation bestand aus Sabine Verheyen, Vorsitzende (EVP, Deutschland), Michaela Šojdrová (EVP, Tschechische Republik), Petra Kammerevert (S&D, Deutschland), Ilana Cicurel (Renew, Frankreich), Diana Riba i Giner (Verts/ALE, Spanien), Irena Joveva (Renew, Slowenien). Begleitendes Mitglied: Tomasz Frankowski (EVP, Polen).

Zsfg.: JP

<https://oko.press/delegacja-euoparlament-czarnek-swirski>

Ein oppositioneller Kaczyński ist die beste Motivation für eine pro-soziale Politik einer neuen Regierung



Quelle: krytykapolityczna.pl

Von Galopujący Major, Kommentator von Krytyka Polityczna

Gehen wir davon aus, dass die PiS nach den Wahlen gezwungen sein wird, die Macht abzugeben. Entweder gehen ihr zusammen mit der Konföderation die Stimmen aus, oder die Konföderation wird taktisch keine Koalition mit den „Verteilungen“ der PiS eingehen, weil sie für ihre Wähler nicht schluckbar sind. Welche Politik wird Tusk verfolgen?

Es ist lange her, dass wir so viel politisches Gequatsche erlebt haben wie in den letzten Tagen, als unsere Parteititanen ihren Wahlkampf ernsthaft begannen. Erst Kaczyński, der vor nicht allzu langer Zeit behauptete, die Aufwertung des Kindergeldes auf 700+ führe zu Inflation, versprach plötzlich 800+ ab Januar. Das Internet war in Aufruhr. Das liberale Kommentariat schrie und heulte, dass Polen nicht mehr existiere. Sie wälzten sich im Schlamm von Thermomix-Suppen und Desserts und geißelten Kleidungskäufe bei Zalando. Sie verzweifelten so sehr, dass sie wohl ihre Organe verkaufen oder aus diesem Land auswandern müssten, in dem die Arbeitslosigkeit weniger als 2 Prozent beträgt, das BIP rote Zahlen schreibt und die technische Rezession kurz vor dem Ende steht.

Und dann trat, wie aus einer Gruppe schreienden Kindergartenkinder, Donald Tusk heraus. Er verkündete seinen Kleinkindern, dass er einen Vorschlag vorlegen würde, der vorsah, dass 800+ bereits ab Juni zur Verfügung stehen würden. Zum Internationalen Kindertag, versteht sich. Eine ausgezeichnete Idee, Herr Donald - hörte er. Schachmatt, PiS! Jemand hier will die Wahl gewinnen, Knockout für Kaczyński.

Plötzlich spielte die Inflation keine Rolle mehr, Tusk kam daher und fegte sie davon. Obwohl seine Idee, um ehrlich zu sein, viel inflationärer ist als die von Kaczyński. Denn die PiS will 800+, wenn die Inflation nach den Annahmen der (PiS-unabhängigen) Ökonomen Ende des Jahres im einstelligen Bereich liegen wird, während Tusk sie jetzt will, wenn wir den Inflationshöhepunkt gerade hinter uns haben.

Dass Tusks Idee eine Prüfung des Bluffs der PiS sein soll und selbst ein Bluff ist, ist bereits fast allen bekannt, und sie verheimlichen es nicht einmal. Es ist bekannt, dass das alles ein Trick ist, um die PiS im Wettbewerb der Sozialleistungen zu schlagen.

Jeder vermutet auch, natürlich zu Recht, dass Tusk dies nicht tut, weil er plötzlich zum Linkssein konvertiert ist. Außerdem sind Geldtransfers allein, ohne eine Erhöhung der Steuerprogression, des Wohnraums oder radikal erhöhte Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen, überhaupt nicht links. Sie sind ein bestimmtes Element der Sozialpolitik, das die Reichsten zusätzlich unterstützt. Immerhin sind bis zu 25 Prozent der 500+ Empfänger die reichsten Polen, die das Geld zwar nehmen, aber sich nicht darüber freuen.

Es ist also klar, dass Tusk auf die 800+ bei der Versteigerung eingeht, weil er Angst hat, zu verlieren. Es ist natürlich nichts Falsches daran, eine Wahl nicht verlieren zu wollen, so funktioniert Politik nun einmal. Es ist nur so, dass aus dieser Angst wahrscheinlich noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Denn gehen wir davon aus, dass die PiS nach den Wahlen gezwungen sein wird, die Macht abzugeben. Entweder gehen ihr zusammen mit der Konföderation die Stimmen aus, oder die Konföderation wird taktisch keine Koalition mit den „Verteilungen“ der PiS eingehen, weil sie für ihre Wähler nicht schluckbar sind.

Premierminister wird also Donald Tusk mit der Linken und dem Dritten Weg aus PSL und Hołownia sein. Die wichtigste politische und mediale Botschaft wird vom ersten Tag an die ständige Angst vor der PiS sein. Vorsicht, wenn die PiS zurückkehrt, wird sie ihr System zum Abschluss bringen, es wird ein Armageddon geben. Erst das Angst-Narrativ bei den Präsidentschaftswahlen, dann bei den Parlamentswahlen. Wir hatten bereits eine Probe davon nach der ersten Amtszeit der PiS, relativ mild jedoch im Vergleich zu heute.

Diese Bedrohung wird einen enormen Einfluss auf die Auswahl der Politik haben. Tusk wird nicht so sehr seine eigenen Wähler zufriedenstellen müssen, sondern sich vor allem ständig gegen die Rückkehr der PiS verteidigen müssen, und jeder Anstieg der Werte von Kaczyńskis Partei wird ein mediales Erdbeben und ein Zittern der Wähler auslösen.

Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass Tusk sich dafür entscheiden wird, weiterhin an Kaczyńskis Versteigerung teilzunehmen. Nein, er wird nicht 500 oder 800+ streichen, weil „das Geld für Faulpelze sei“. Er wird das Rentenalter nicht anheben. Im Gegenteil, er wird Sozialpolitik machen, oder besser gesagt sozialähnliche Politik. Und diese Sozialpolitik kann gerade dank der Linkskoalition erreicht werden.

Unmöglich? Schließlich ist das Aufgreifen von Ideen der linken *Razem* schon seit Langem im Gange. Wer erinnert sich noch daran, dass es *Razem* war, die als erste die Idee einer Änderung des WIBOR ankündigte? Schon kurz darauf hat die PO eine noch radikalere Idee angekündigt. Wer erinnert sich noch daran, wie *Razem* die Idee der Arbeitszeitverkürzung verkündete? Tusk hat das bei seiner Rückkehr schnell aufgegriffen. Abtreibung? Na bitte, schon ist Tusk für eine Lockerung. Und schließlich die Aufwertung von 500+, eine Idee, die von der gesamten Linken seit mehreren Jahren propagiert wird.

Sicherlich, Tusks Copy and Paste zielte in erster Linie darauf ab, die Linke unter die Schwelle zu drücken und ihre Wähler zu übernehmen, was aber nicht gelang. Aber wenn Tusk Ideen in einem Wahlkampf kopieren kann, warum sollte er das nicht auch tun, wenn er an der Macht ist? Vor allem in einer Atmosphäre der Angst vor der Rückkehr der PiS, wenn die liberalen Wähler alles schlucken, solange dieses Monster Kaczyński nicht zurückkehrt. So wie sie jetzt ein 800+ ab Juni geschluckt haben.

Natürlich ist auch das zweite Szenario möglich. Die Mehrheit der Wähler ist des „Sozialismus“ überdrüssig und wendet sich der Fata Morgana des freien Marktes zu. Und Tusk wird im Stillen die *Konfederacja* unterstützen. Nur dass Tusk wahrscheinlich ein zu erfahrener Politiker ist, um nicht zu verstehen, warum die PO die Wahlen 2015 verloren hat, und dass selbst die marktwirtschaftlich gesinntesten Wähler schockiert sein werden, wenn 500, 1.000 oder vielleicht sogar 1.600 Zloty plötzlich nicht mehr jeden Monat auf ihren Konten erscheinen. Und dass für die PiS die Wahl auf einem goldenen Tablett serviert werden würde, wobei ein linker Koalitionspartner sein Veto einlegen wird.

Aus diesem Grund ist die Präsenz der PiS als Feindbild vielleicht die beste Garantie dafür, dass der pro-soziale Kurs beibehalten wird und dass einige der Ideen einer kleinen linken Fraktion in den Mittelpunkt rücken. Historisch gesehen wäre das ja nichts Neues. Ich wage sogar, zu behaupten, dass jeglicher soziale

Fortschritt nicht dem guten Willen der so genannten privilegierten Klassen zu verdanken war, sondern eben der Angst.

Aus Furcht vor einer sozialen Explosion wurde im 19. Jahrhundert die Sozialgesetzgebung beschlossen. Aus Angst vor der Revolution wurden nach dem Ersten Weltkrieg demokratische Wahlen eingeführt, die die Stimme des Arbeiters ebenso wichtigmachten wie die der Herren und Bankiers, die bis dahin im Oberhaus saßen. Aus Furcht vor den Bolschewiken wurde 1920 in Polen eine Bodenreform durchgeführt. Und schließlich wurden aus Angst vor Stalins Kommunismus nach dem Krieg in Europa der Wohlfahrtsstaat und die gigantische „Verteilung“ des Marshallplans eingeführt.

Vielleicht ergibt dann der „Bolschewismus“, der der PiS vorgeworfen wird, endlich einen historischen Sinn, und der oppositionelle Kaczyński wird zu einer Figur, mit der den „Liberalo-Kindern“ Angst eingejagt wird, so wie es die bolschewistischen Führer in den letzten hundert Jahren der Geschichte der kapitalistischen Welt getan haben. Und in Polen wird sich in Sachen staatlicher Wohlfahrt etwas zum Besseren wenden.

Zsfg.: AV

<https://krytykapolityczna.pl/kraj/opozycyjny-kaczynski-to-najlepsza-motywacja-do-prospolecznej-polityki-nowej-wladzy/>

Das Verfassungsgericht vertagt Anhörung zu Kriegsreparationen aus Deutschland



Quelle: wyborcza.pl

Von **Łukasz Woźnicki**

Die Abgeordneten der PiS hoffen, dass das Verfassungsgericht Kriegsreparationen aus Deutschland vor polnischen Gerichten einklagen wird. Am Dienstag hat das Verfassungsgericht jedoch nicht über den Fall entschieden.

„Das Verfassungsgericht beschloss, den Außenminister vorzuladen, um an dem Fall teilzunehmen, und in Anbetracht dessen die Anhörung zu verschieben. Der Termin wird von Amts wegen festgelegt“, sagte Julia Przyłębska, die Vorsitzende des fünfköpfigen Gremiums, nach der zweistündigen Anhörung.

In diesen zwei Stunden gelang es dem Verfassungsgericht, die Abgeordneten der PiS - auf deren Antrag das Verfahren eingeleitet wurde - sowie die anderen Beteiligten, d. h. Vertreter des Sejms und des Generalstaatsanwalts, zu hören. Die Richter des Tribunals befragten sie u. a. zu den internationalen Konsequenzen, die ein Urteil im Sinne der PiS haben könnte.

Die Klage vor dem Tribunal ist Teil einer „historischen Gegenoffensive“, wie PiS-Präsident Jarosław Kaczyński die Bemühungen um Reparationen und Entschädigungen von Deutschland für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste bezeichnete. Das polnische Außenministerium richtete eine diplomatische Note an Deutschland und forderte Reparationen in Höhe von mehr als 6 Billionen PLN. Die deutsche Regierung antwortete jedoch, dass sie die Angelegenheit als abgeschlossen betrachte und nicht verhandeln wolle. Die PiS versucht daher, eine andere Lösung zu finden.

Mularczyk: Ein Staat, der gegen internationales Recht verstößt, hebt seine Immunität auf

Die Abgeordneten der Partei wollen, dass das Verfassungsgericht den Opfern des Zweiten Weltkriegs und ihren Erben die Möglichkeit gibt, vor polnischen Gerichten Kriegsreparationen von Deutschland einzufordern. Zuvor muss Deutschland jedoch die so genannte „juristische Staatenimmunität“ entzogen werden. Nach diesem Grundsatz des Völkerrechts kann kein Staat den Gerichten eines anderen Staates unterworfen werden. Daher werden Klagen in solchen Fällen automatisch abgewiesen.

Mularczyk rechnet damit, dass das Verfassungsgericht entscheiden wird: In Fällen von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann keine staatliche Immunität abgeleitet werden. Die Abgeordneten wenden sich unter anderem gegen eine Bestimmung in der Zivilprozessordnung, die Gerichte anweist, Klagen in solchen Fällen abzuweisen. Dies verletze das Recht auf ein Gericht und verhindere den Schutz der Menschenwürde und der Eigentumsrechte.

„Ein ausländischer Staat hat keine Immunität in Fällen, in denen es um eindeutige Verstöße gegen die Regeln des Völkerrechts geht. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein Staat, der solche Verstöße begeht, auf seine Immunität verzichtet“, sagte der Abgeordnete der PiS und stellvertretende Außenminister Arkadiusz Mularczyk, der eine Gruppe von Abgeordneten vertritt, vor dem Verfassungsgericht.

Er fügte hinzu, wenn die Immunität in Fällen von Kriegsverbrechen nicht aufgehoben werde, „steht der polnische Staat der nackten Macht eines anderen Staates schutzlos gegenüber, der sich weigert, sich den Regeln der Verantwortung und Rechenschaft zu unterwerfen“. „Der deutsche Staat weigert sich unrechtmäßig, Polen und den polnischen Bürgern die geschuldete Wiedergutmachung und Entschädigung zu zahlen“, fügte der Abgeordnete der PiS hinzu.

Ast: Der Staat soll Vollstreckung betreiben

Der Fall wird von einem fünfköpfigen Gremium des Strafgerichtshofs entschieden. Ihm gehören Personen an, die von den Abgeordneten der Vereinigten Rechten in den Ausschuss gewählt wurden. Krystyna Pawłowicz wurde zur Berichterstatterin für die Ausarbeitung des Urteils ernannt. Die ehemalige Abgeordnete der PiS befasst sich also mit dem Antrag ihrer ehemaligen Parteikollegen.

Was passiert, wenn die TK gemäß den Erwartungen der PiS entscheidet? Laut Mularczyk könnten bei den Gerichten bis zu mehrere hunderttausend Klagen eingehen. Und die Urteile, so Mularczyk, könnten „sowohl auf dem Gebiet Polens als auch auf dem deutschen Staatsgebiet“ vollstreckt werden. „Wenn der Rechtsstreit mit einem positiven Urteil für den Kläger endet, denke ich, dass der polnische Staat verpflichtet wäre, die Vollstreckung dieses Urteils zu veranlassen“, sagte Marek Ast, Abgeordneter der PiS.

Der Verfassungsrechtler Professor Marcin Matczak bezweifelt jedoch die Möglichkeit, eine Entschädigung durchzusetzen. „Wenn sie alle gewonnen haben, werden sie feststellen, dass sie es jetzt durchsetzen müssen, aber es ist nicht wirklich klar, von wem. Denn schließlich nicht in Deutschland, wo die Gerichte - in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht - solche Urteile nicht vollstrecken lassen“, kommentierte er. „Deshalb wird niemand das Geld sehen, aber die PiS wird als Held dastehen, weil sie gekämpft hat“, bewertete er den PiS-Antrag.

[...]

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,29790709,tk-przerwal-rozprawe-w-sprawie-wojennych-odszkodowan-od-niemiec.html>

Morawiecki und Ziobro. Wird dieses kuriose Spektakel die PiS-Kampagne auf den Kopf stellen?



Quelle: oko.press

Von **Michał Danielewski**

Wenn Montag ist, bedeutet das, dass Premierminister Mateusz Morawiecki und Justizminister Zbigniew Ziobro nach einem Wochenende des Ausruhens wieder die Zügel in die Hand genommen und begonnen haben, sich vor ganz Polen öffentlich gegenseitig damit zu schlagen. Was bedeutet das für das Machtlager? Wird Ziobro getrennt oder gemeinsam mit der PiS in die Wahlen gehen? Was sind die Ziele von Ziobro und was die von Morawiecki? Wer profitiert mehr und wovor hat Jarosław Kaczyński Angst? Wir werden versuchen, all diese Fragen zu beantworten.

Doch zunächst müssen wir den Verlauf der jüngsten Schlammschlacht zwischen dem Premierminister und seinem Justizminister kurz rekonstruieren. Am Montag, den 15. Mai, war Morawiecki der Provokateur des effektvollen Streits, der in einem Interview mit Polsat die Arbeit seines Untergebenen wie folgt beurteilte: „Nun, die Justizreform ist nicht besonders gut gelungen. (...) Die Justiz geht für die polnische Wirtschaft an der Krücke (...) Leider haben wir sie in die Hand der Partei *Solidarna Polska* gegeben. Es ist so gekommen, wie es gekommen ist.“

Ziobro erwiderte daraufhin sehr sanft, jedenfalls für die Verhältnisse der beiden Politiker: „Wir sind uns völlig einig, dass die Justizreform nicht ganz so ausgefallen ist, wie wir es gemeinsam wollten. Nur, ich erinnere Sie daran, dass sie zunächst durch das Veto des Präsidenten blockiert wurde. Und dann die EU-Erpressung, mit der Sie seit Jahren Ihre fehlende Zustimmung zur weiteren Justizreform begründen.“ (...) Dann gab Ziobro der Wochenzeitung *Do Rzeczy* ein Interview, in dem er u. a. sagt:

„Morawiecki hat den schrittweisen Verlust der polnischen Souveränität akzeptiert.“

„Morawiecki vertritt eine Politik der Beschwichtigung gegenüber der EU, die Polen nichts als Demütigung bringt.“

„Morawiecki hat einem ‚drakonischen Fit-for-55-Paket‘ zugestimmt, das für Millionen von Polen verheerende Auswirkungen auf ihr Portmonee haben wird.“

„Morawiecki hatte in wichtigen politischen Fragen weniger als 1 Prozent Recht.“

„Morawiecki wird als ein Mann in die Geschichte eingehen, der schlechte Entscheidungen für Polen getroffen hat, die jahrzehntelange Folgen haben werden.“

Niemand von der der PiS war zum Parteitag von Ziobro eingeladen, um eine emotionale, negative Reaktion der Teilnehmer auf die Lobpreisung von Morawieckis Politik zu vermeiden.

(...)

Welche Situation haben wir im Ring?

Der Streit zwischen Ziobro und Morawiecki (mit Jarosław Kaczyński im Hintergrund) gleicht einer klassischen „mexikanischen Pattsituation“.

Es ist die Art von Situation, in der es unmöglich ist, eine Lösung zu finden, die zum Sieg führt. Das ist so, wie es Quentin Tarantino in seinen Filmen gerne verwendet: In seiner Version werden alle Figuren mit einer Waffe bedroht, bis der erste Schuss abgefeuert wird. Und wenn dieser Schuss fällt, bleibt auf beiden Seiten des Konflikts selten jemand am Leben. Buchstäblich wie bei der PiS.

Wird Ziobro dennoch gemeinsam mit der PiS zu den Wahlen antreten?

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß. Denn es gibt nur einen Ausweg aus der mexikanischen Pattsituation: Die Gegner müssen langsam die Waffen senken und dabei die Tatsache akzeptieren, dass zu jedem Zeitpunkt ein Sieg für keine der beiden Seiten möglich ist, um so einen spektakulären Selbstmord zu vermeiden.

Für die PiS und die Partei „Souveränes Polen“ besteht eine solche Lösung in einem gemeinsamen Start bei den Wahlen: Jarosław Kaczyńskis Partei hebt damit das Risiko der Abwanderung von mehreren hunderttausend Wählern auf, Ziobros Partei bleibt als politische Kraft innerhalb der Vereinigten Rechten im Spiel, auch wenn sie bei der Aufstellung der Wahllisten brutal beiseitegeschoben werden wird. Wenn die PiS nicht zu weit geht und ihren Partner zu sehr demütigt, werden die beiden Formationen gemeinsam antreten.

Für wen ist diese Situation am bequemsten?

Paradoxerweise - für Zbigniew Ziobro. Es zeichnet sich bereits ab, dass das Gesicht der PiS-Kampagne Mateusz Morawiecki sein wird, der sich bei Andrzej Dudas siegreichem Kampf um die Wiederwahl 2020 verdient gemacht hat - der PiS-Chef lobte den Regierungschef nach der Wahl überschwänglich für sein Engagement. Auch wenn die Umfragen für die PiS weiterhin ungünstig sind, ist kaum zu erwarten, dass Morawiecki in den Hintergrund gedrängt wird.

Das Problem (für Morawiecki) ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass seine Mission diesmal gelingt, sehr gering ist. Es gibt heute keine Anzeichen dafür, dass die PiS in der Lage sein wird, ein drittes Mal, um eine unabhängige Mehrheit zu bekommen, und ihre Koalitionsfähigkeit wird bis zur letzten Minute abgewogen werden und am meisten vom Ergebnis der *Konfederacja* abhängen. Andererseits wird jedes Ergebnis, bei dem die PiS nicht ein drittes Mal unabhängig regieren kann, innerhalb der Partei als Misserfolg gewertet werden. Und das Gesicht des Scheiterns wird das Gesicht der Kampagne sein - Morawiecki.

Das wird eine ideale Situation für Zbigniew Ziobro sein, für den, ja, ja, es profitabler ist, wenn die PiS verliert und nicht gewinnt. Nur dann wird Ziobro gestärkt in das Spiel zurückkehren und erneut die Rolle des Delphins in der Nachfolgeserie der Vereinigten Rechten beanspruchen können. Um dieser spannenden Aussicht willen wird der Justizminister in den nächsten Wochen viele Schläge einstecken.

Würde er sich hingegen entschließen, allein bei den Wahlen anzutreten, hätte er sich erstens jeglicher Chance beraubt, für Jahre der Anführer der Rechten zu werden, und zweitens würde er leicht zum

Sündenbock werden: Morawiecki würde ihn leicht zum Hauptschuldigen der Niederlage machen. Außerdem darf die Partei „Souveränes Polen“ nicht davon träumen, überhaupt in den Sejm einzuziehen, denn das höchste der Gefühle wären ein Wahlergebnis von 3 % (bei IPSOS) oder sogar nur 1,2% (bei United Survey).

Warum wird Morawiecki Ziobro nicht los?

Wahrscheinlich würde er das gerne, aber er ist politisch zu schwach dafür. Im Wahlkampf wird Ziobro für Morawiecki so überflüssig sein wie ein Kropf: Es ist zu erwarten, dass das „Souveräne Polen“ innerhalb der Vereinigten Rechten de facto eine separate, radikale, inhaltliche Pol-Exit-Kampagne führen und damit die Versuche sabotieren wird, die von der PiS desillusionierte, eher zentristische Wählerschaft zu erreichen. Zweitens wird sie den Ministerpräsidenten in die Zange nehmen und seine Fehler ausnutzen, um im Falle einer sehr wahrscheinlichen Niederlage die Grundlage für einen Frontalangriff zu schaffen.

Würde es Morawiecki hingegen gelingen, die Ziobristen aus der Vereinigten Rechten herauszudrängen, hätte der Ministerpräsident eine größere Kontrolle über den Wahlkampf erlangt, er wäre einen potenziellen Konkurrenten innerhalb des derzeitigen Machtlagers losgeworden, und die Unterstützung für das Souveräne Polen hätte angesichts der geringen finanziellen Mittel der Ziobro-Partei vielleicht tatsächlich gegen Null gedrückt werden können.

Warum hilft Kaczyński Morawiecki nicht?

Weil es für ihn ein zu großes Risiko ist, auch wenn die Entscheidung, das „Souveräne Polen“ über Bord zu werfen, er allein treffen kann. Die Mäander des strategischen Denkens des PiS-Vorsitzenden sind manchmal schwer zu verfolgen, aber wir sind versucht zu vermuten, dass Jarosław Kaczyński eine solche Entscheidung nicht treffen wird. Wird er Ziobro demütigen wollen - ja. Wird er die Chancen der Kandidaten von „Souveränes Polen“, Sitze zu gewinnen, radikal verringern wollen? Zweifellos. Aber die Trennung von den Ziobristen würde Kaczyńskis Grundprinzip in der Politik widersprechen: teilen, herrschen und niemals die volle persönliche Verantwortung für etwas übernehmen.

Denn wenn Kaczyński Ziobro loswerden würde, würde er die volle Verantwortung für das Ergebnis der PiS übernehmen und damit seinen Handlungsspielraum nach den Wahlen stark einschränken: Er könnte nicht mit dem Daumen nach unten den Schuldigen benennen, der mit seiner eigenen Unfähigkeit die Pläne des brillanten Strategen durchkreuzt hat. Denn dann müsste er auf sich selbst zeigen.

Und der Parteivorsitzende hat sicherlich noch den großen PiS-Kummer von 2010-2014 in Erinnerung, als er selbst bei den Präsidentschaftswahlen kandidierte, verlor und die Partei - immer die wichtigste in Kaczyńskis politischem Leben - infolge der Niederlage des Führers, erschüttert von aufeinanderfolgenden Fronten, aus den Fugen zu geraten begann. Und es waren Ziobro selbst und die liberaleren PiS-Politiker (Joanna Kluzik-Rostkowska, Elżbieta Jakubiak, Paweł Kowal, Michał Kamiński, Adam Bielan), die Polska Jest Najważniejsza (Polen ist am Wichtigsten) gründeten.

Ziobro kann also ruhig schlafen - wenn er dem Druck standhält, wird ihn niemand über die Relling schubsen.

Das muss nicht unbedingt eine schlechte Nachricht für die Opposition sein

Je näher die Wahl rückt, je länger die Umfragewerte der PiS in einer Sackgasse stecken und keine Hoffnung auf einen unabhängigen Sieg bieten, desto mehr wird das „Souveräne Polen“ die Wahlkampagne der Vereinigten Rechten beeinflussen. Je mehr Mitglieder der PiS die Ansicht von Ziobro teilen, dass es Mateusz Morawiecki ist, der ihrer Formation schadet, umso mehr werden wir die typische Verwirrung im Lager der Machthaber angesichts der drohenden Niederlage erleben: panische Suche nach Rettungsbooten, Prüfung, woher der Wind des Wandels weht, und Positionierung für einen neuen Deal, gleich nach den Wahlen. Und in einer solchen Atmosphäre ist ein effektiver Wahlkampf unmöglich.

Man kann sicher sein, dass das derzeitige Gerangel zwischen Mateusz Morawiecki und Zbigniew Ziobro nur ein Vorspiel zu einer umfassenden Schlacht ist. Und das bedeutet, dass für die Opposition das „Souveräne Polen“ als Teil der Vereinigten Rechten möglicherweise nützlicher ist als ein separater Start.

Man wird zwar der PiS deswegen keine Prozentpunkte direkt abnehmen, aber von innen heraus laufen die Verschwörungen auf Hochtouren.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/morawiecki-i-ziobro-czyli-zdrajca-kontra-krowa>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wikipedia.org](https://www.wikipedia.org)

„Unter den Kommunisten wurden die Gegner der Regierung beschuldigt, für die deutschen Revanchisten zu arbeiten. Unter der PIS werden Menschen, die Widerstand leisten, beschuldigt, für den Kreml zu handeln. Gomułka und Kaczyński sind sich gleich. Die gleichen Gehirne. KRANKE GEHIRNE.“

Zbigniew Holdys - polnischer Musiker, Dichter, Journalist, Grafiker und Drehbuchautor

Quelle:

<https://www.facebook.com/100001190308367/posts/pfbid02x99oxSWtdPkx4eGFFMjUXxueejSB9BThQfad62JYnwegLn4vyQBv6JRp1NEu9WtMI/>

faz.de

Deutsch-polnisches Schulbuch - Länderübergreifender Flop

<https://taz.de/Deutsch-polnisches-Schulbuch!/5933450/>

zdf.de

Aufstieg der E-Mobilität in Polen

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute-in-europa/aufstieg-der-e-mobilitaet-in-polen-100.html>

handelsblatt.com

Polen registriert erneut mehr Migranten an Grenze zu Belarus

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/migration-polen-registriert-erneut-mehr-migranten-an-grenze-zu-belarus/29165006.html>

zeit.de

Schwangerschaftsabbruch in Polen: "Die Lage ist zum Verzweifeln"

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-05/polen-schwangerschaftsabbruch-brandenburg-frauen-pis>

welt.de

1,3 Billionen Euro Entschädigung aus Deutschland? Für Polen ist das ein „Angebotspreis“

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus245459344/Polen-1-3-Billionen-Euro-Reparationen-Fuer-die-Deutschen-ist-das-ein-Angebotspreis.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik